



Detailansicht des Registereintrags

Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen e.V.

Stand vom 29.04.2025 10:53:51 bis 13.06.2025 12:24:21

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer: R000087

Ersteintrag: 18.01.2022

Letzte Änderung: 29.04.2025

Letzte Jahresaktualisierung: 17.06.2024

Tätigkeitskategorie: Berufsverband

Kontaktdaten:
Adresse:
Friedrichstraße 55
10117 Berlin
Deutschland

Telefonnummer: +493020607360

E-Mail-Adressen:

bdiu@inkasso.de

Webseiten:

www.inkasso.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

410.001 bis 420.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

3,10

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Anke Blietz-Weidmann

Funktion: Präsidentin

2. Yvonne Wagner

Funktion: Vizepräsidentin

3. Philipp Ganzmüller

Funktion: Vizepräsident

4. Andreas Albrecht

Funktion: Schatzmeister

5. Dr. Christian Behrens

Funktion: Beisitzer im Präsidium

6. Marcel Hofmann

Funktion: Beisitzer im Präsidium

7. Michael Hoppe

Funktion: Beisitzer im Präsidium

8. Bernd Krziscik

Funktion: Beisitzer im Präsidium

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (13):

1. Dennis Stratmann

2. RAin Annika Schafmeister

3. Lorenz Becker

4. Ass. iur. Julian Schaub

5. RA Dr. Gero Ziegenhorn

6. Anke Blietz-Weidmann

7. Yvonne Wagner

8. Philipp Ganzmüller

9. Andreas Albrecht

10. Dr. Christian Behrens

11. Marcel Hofmann

12. Michael Hoppe

13. Bernd Krziscik

Gesamtzahl der Mitglieder:

441 Mitglieder am 01.01.2024, davon:

75 natürliche Personen

366 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (5):

1. Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. (BGA)
2. Europäische Bewegung Deutschland e.V. (EBD)
3. Federation of European National Collection Associations (FENCA)
4. Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs Frankfurt am Main e.V.
5. Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft e.V. (BDWi)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (16):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; EU-Binnenmarkt; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Öffentliches Recht; Rechtspolitik; Zivilrecht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Bank- und Finanzwesen; E-Commerce; Handel und Dienstleistungen; Handwerk; Kleine und mittlere Unternehmen; Verbraucherschutz; Wettbewerbsrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der BDIU wahrt, pflegt und fördert alle beruflichen und wirtschaftlichen Interessen der Inkassounternehmen. Dazu sucht und unterhält er den Dialog mit Personen in der Politik und in den Verwaltungsorganen, veranstaltet Fachkongresse und veröffentlicht Informationen zur Inkassowirtschaft. Der BDIU ist der Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs und von Missbräuchen auf den Gebieten der Rechtsberatung und der Rechtsdienstleistung verpflichtet. Er beaufsichtigt die ordnungsgemäße Erfüllung aller beruflichen Obliegenheiten seiner Mitglieder; dazu unterhält er eine Beschwerdestelle mit Ombudsperson und führt Schlichtungsverfahren durch.

Konkrete Regelungsvorhaben (9)

1. Rechtliche Rahmenbedingungen für Inkassodienstleister verbessern

Beschreibung:

Das Gesetz zur Verbesserung des Verbraucherschutzes im Inkassorecht und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 22. Dezember 2020 (BGBI. I S. 3320) ist am 1. Oktober 2021 in Kraft getreten und soll nach Ablauf von zwei Jahren durch das Bundesjustizministerium evaluiert werden. Der BDIU möchte erreichen, dass im Nachgang der Evaluierung die Regeln

für Inkassodienstleister derart gestaltet werden, dass die verantwortungsvolle Beitreibung von Forderungen wirtschaftlich attraktiv ist.

Betroffenes geltendes Recht:

RDG [alle RV hierzu]; RVG [alle RV hierzu]; ZPO [alle RV hierzu]; StGB [alle RV hierzu]; StPO [alle RV hierzu]; StBerG [alle RV hierzu]; FamFG [alle RV hierzu]; InsO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406140051 (PDF - 40 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BM) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. Interessen der Inkassodienstleister bei der Änderung des Datenschutzgesetzes berücksichtigen

Beschreibung:

Bei der anstehenden Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes sollen die Interessen der Inkassodienstleister berücksichtigt werden: Anschriftendaten sollen weiterhin für das Erstellen von Wahrscheinlichkeitswerten im Sinne von § 37a Abs. 1 BDSG-RegE verwendet werden dürfen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10859 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BDSG 2018 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406140041 (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Bundestag

Faktionen/Gruppen alle SG dorthin

Mitglieder des Bundestages alle SG dorthin

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) alle SG dorthin

3. Formulare für die Zwangsvollstreckung effizienter nutzbar machen

Beschreibung:

Die neuen Formulare für die Zwangsvollstreckung sollen für den Zweck der Forderungsbeitreibung gut handhabbar und für den elektronischen Rechtsverkehr geeignet sein. Zusätzlicher Aufwand aufseiten der Gläubigervertreter etwa durch die zweifache Erstellung von Forderungsaufstellung soll vermieden werden.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 203/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Zweite Verordnung zur Änderung der Zwangsvollstreckungsformular-Verordnung

Betroffenes geltendes Recht:

ZVVF 2022 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung alle RV hierzu; Handel und Dienstleistungen alle RV hierzu; Rechtspolitik alle RV hierzu; Verbraucherschutz alle RV hierzu

4. Merkmal Geschlecht als Anfragekriterium für die Melderegisterauskunft beibehalten

Beschreibung:

Durch das Dritte Gesetz zur Änderung des Bundesmeldegesetzes (3. BMGÄndG) soll der Auftrag aus dem Koalitionsvertrag zur Verbesserung der Möglichkeit von Auskunftssperren im Melderegister für Bedrohte umgesetzt werden. Der BDIU möchte erreichen, dass das Merkmal „Geschlecht“ als Anfragekriterium für die einfache Melderegisterauskunft beibehalten wird.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 236/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesmeldegesetzes (3. BMGÄndG)

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BMG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit alle RV hierzu; Digitalisierung alle RV hierzu; Handel und Dienstleistungen alle RV hierzu; Rechtspolitik alle RV hierzu; Verbraucherschutz alle RV hierzu

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2410070012 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.09.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

5. Geschäftsgebühren nach § 13 Abs. 1 RVG auch für untere Wertstufen anheben

Beschreibung:

Es ist eine Anpassung der gesetzlichen Rechtsanwaltsvergütung an die allgemeine Preisentwicklung vorgesehen. Der BDIU unterstützt dieses Vorhaben und verfolgt das Ziel, dass auch die Gebühren für die unteren Wertstufen des § 13 RVG angehoben werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14264 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes und des Justizkostenrechts (Kostenrechtsänderungsgesetz 2025 - KostRÄG 2025)

Betroffenes geltendes Recht:

RVG [alle RV hierzu]; GKG 2004 [alle RV hierzu]; FamGKG [alle RV hierzu]; GvKostG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

6. Inkassodienstleistern die Vertretungsbefugnis im gerichtlichen Verfahren einräumen

Beschreibung:

Das Gesetz soll den Zugang zum Recht für Bürgerinnen und Bürger vereinfachen: Es sollen neue digitale Kommunikationsformen im Zivilprozess erprobt werden, die gerichtliche Durchsetzung von Kleinforderungen soll erleichtert werden. Der BDIU möchte erreichen, dass für Inkassodienstleister die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, so dass sie Rechtsuchende bei der Nutzung der neuen Online-Verfahren unterstützen können.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13082 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Entwicklung und Erprobung eines Online-Verfahrens in der Zivilgerichtsbarkeit

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

ZPO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2504290010 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

7. Digitalisierung der Zwangsvollstreckung weiter voranbringen

Beschreibung:

Die Anzahl der Vollstreckungsaufträge und Anträge in hybrider Form soll reduziert werden. Durch Änderungen in der Zivilprozessordnung (Paragrafen 754a und 829a) soll es umfangreicher als bisher erlaubt werden, anstatt der vollstreckbaren Ausfertigung und anderer Schriftstücke in Papierform elektronische Kopien davon an das Vollstreckungsorgan zu übermitteln. Der BDIU unterstützt das Ziel der weiteren Digitalisierung der Zwangsvollstreckung und setzt sich für die Einrichtung einer bundesweiten, digitalen Zwangsvollstreckungs-Datenbank ein.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11310 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Digitalisierung der Zwangsvollstreckung

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

ZPO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. SG2410070013 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.09.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

2. **SG2504290006** (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. **SG2504290007** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Versendet am 14.03.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

8. **Besserer Qualifizierung der Gerichtsvollzieher Vorrang vor Zuständigkeiterweiterung geben**

Beschreibung:

Mit dem Gesetz sollen bisher dem Vollstreckungsgericht vorbehaltene Zuständigkeiten auf den Gerichtsvollzieher übertragen werden. Der BDIU setzt sich vorrangig für die Wahrung der Gläubigerrechte ein und fordert eine nachhaltige, weitere Qualifizierung der Gerichtsvollzieher. Die Zuständigkeitskonzentration der zivilrechtlichen Mobiliarvollstreckung bei den Gerichtsvollziehern sollte erst in einem nächsten Schritt erfolgen.

Referentenentwurf:

Gesetz zur Zuständigkeitskonzentration der zivilrechtlichen Mobiliarvollstreckung bei den Gerichtsvollziehern und zu Zuständigkeiterweiterungen für die Rechtspfleger in Nachlass- und Teilungssachen (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 01.10.2024

Federführendes Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

RPflG 1969 [alle RV hierzu]; ZPO [alle RV hierzu]; GvKostG [alle RV hierzu]; JBeitrO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2411220018** (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

9. Gleichbehandlung von Inkassodienstleistern und der Rechtsanwaltschaft bei der Inkassotätigkeit**Beschreibung:**

Das Gesetz zur Förderung verbrauchergerechter Angebote im Rechtsdienstleistungsmarkt ist am 1. Oktober 2021 in Kraft getreten. Drei Jahre nach Inkrafttreten sollen die neuen Regelungen evaluiert werden. Das Bundesjustizministerium der Justiz hat dem BDIU Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Der BDIU verfolgt das Ziel, dass weitere gesetzgeberische Schritte unternommen werden, um die kohärente Behandlung von Rechtsanwälten, die Inkasso betreiben, und Inkassodienstleistern zu gewährleisten.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 58/21 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Förderung verbrauchergerechter Angebote im Rechtsdienstleistungsmarkt

Betroffenes geltendes Recht:

ZPO [alle RV hierzu]; RDG [alle RV hierzu]; RDGEG [alle RV hierzu]; FamFG [alle RV hierzu]; InsO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2501280023** (PDF - 11 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.01.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2504290004** (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

1.180.001 bis 1.190.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

[BDIU_Rechenschaftsbericht-2023.pdf](#)

Eigener Verhaltenskodex

[BDIU-Code-of-Conduct.pdf](#)